

Stenographischer Bericht

52. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

21. Oktober 1933.

Inhalt:

- Personalien:** Abwesenheitsanzeige Dr. Hübler (879).
Auflage: Die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen, E.-Zl. 351 und 357 (879).
Zuweisungen: Immunitätsangelegenheit Bundesrat Schläger (879); die aufgelegten schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen, E.-Zl. 351 und 357 (879).
Anfragen: Hartleb, Nr. 39, an den Finanzreferenten, betreffend Realsteuerrückstände des Großgrundbesitzes (879). — Dringliche Behandlung (879). — Begründung Hartleb (879). — Beantwortung Höpfl (880). — Redner: Hartleb (881 u. 886), Gföllner (884), Sudenus (885), Reichl (886), Gafß (888), Ingenieur Wikany (890), Zenz (890).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Herr Abg. Dr. Rudolf Hübler hat seine Abwesenheit entschuldigt.

Das Kreisgericht Leoben hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Bundesrates Rudolf Schläger zugestimmt wird.

Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen werden.

Es liegt mir weiter vor eine dringliche Anfrage der Abg. Hartleb und Parteifreunde an den Herrn Finanzreferenten, betreffend Realsteuerrückstände des Großgrundbesitzes.

Die Anfrage trägt die erforderlichen Unterschriften, entspricht daher den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselbe sofort nach Erledigung der anderen Gegenstände zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden bereits in der letzten Sitzung die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen E.-Zl. 351 und 357.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der beiden Vorlagen), und zwar:

E.-Zl. 351 und 357 dem Finanzausschusse.

(Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Ich schreite nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abg. Hartleb und Parteifreunde an den Herrn Finanzreferenten, betreffend Realsteuerrückstände des Großgrundbesitzes.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich Herrn Präsidenten Hartleb das Wort. Die Redezeit beträgt im Sinne der Geschäftsordnung 20 Minuten.

Hartleb: Hoher Landtag! In der letzten Zeit kommen uns aus den Kreisen der kleinen und mittleren

Bauernschaft immer wieder Beschwerden zu, daß bei der Eintreibung der Realsteuern bei den kleinen und mittleren Bauern mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Wir können verstehen, daß die Steuerämter mit Rücksicht darauf, daß die öffentlichen Körperschaften ihre Aufgaben zu erfüllen haben, gezwungen sind, Steuereintreibungen auch in schwerer Zeit vorzunehmen, und hiebei auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen nicht immer volle Rücksicht nehmen können. Diese Eintreibungen verursachen nun eine starke Beunruhigung in der Bevölkerung. Was aber noch viel mehr beunruhigt und unserer Ansicht nach mit Recht Grund zu Klagen gibt, ist — wie wir wiederholt hören mußten — der Umstand, daß bei den Großgrundbesitzern ein anderer Maßstab angelegt wird. Dort werden Stundungen gewährt auf Jahre hinaus, wo es sich um Zehntausende von Schillingen handelt, während bei den kleinen und mittleren Bauern bereits wegen 20, 30 oder 100 Schilling rücksichtslos exequiert wird. Wir sind der Meinung, daß das unerträglich ist und dem abgeholfen werden muß. Es ist uns aus dem Finanzausschusse bekannt, daß es lange Zeit für den Finanzreferenten gar nicht möglich gewesen ist, überhaupt in Erfahrung zu bringen, wer diese großen Realsteuerrückstände hat. Es sind gewisse Hindernisse in langwierigen Verhandlungen zu überwinden gewesen, bis der Herr Finanzreferent überhaupt zur Kenntnis dieser Namen und der Ziffern gekommen ist. Er hat uns davon einiges im Finanzausschusse mitgeteilt, wenn auch ohne Namen. Wir wissen, daß der Herr Finanzreferent dieses Material hat, mit Rücksicht darauf, daß diese Leute, welche der Republik Österreich die Steuerzahlung verweigern, ganz bestimmten Kreisen angehören, schließen wir, daß damit gewisse Absichten verbunden sind. Wenn wir uns diese Leute näher anschauen, finden wir, daß es sich zumeist oder fast ausnahmslos um ehemalige Adelige handelt, welche wegen der Staatsform und der heutigen Verhältnisse, wo sie nicht allein zu reden haben in Österreich, alles tun, was Schwierigkeiten bereitet. Wenn sie auch auf der einen Seite der Vaterländischen Front beigetreten sind, macht es ihrem Gewissen nichts aus, auf der anderen Seite die Steuern nicht zu zahlen. Man könnte einwenden, sie können nicht, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind so schlecht, daß sie nicht in der Lage sind. Aber, wenn wir die Dinge näher anschauen, finden wir, daß es einige gibt, die es können, die nicht nur keine großen, sondern überhaupt keine Steuerrückstände haben. Und das sind gerade solche, die fast ausnahmslos Waldbesitz haben und die sich am schwersten tun, weil ja die Holzkrisis die schwerste auf wirtschaftlichem Gebiete ist. Man muß daher und kann daher mit Recht annehmen, daß es nicht Zahlungsunfähigkeit, sondern eine beabsichtigte

Zahlungsunwilligkeit ist (Leichin: „Sehr richtig!“), die wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen können, weil bei den Kleinen solche Dinge auch nicht geduldet werden. Wir wissen nicht genau, welche Kräfte da am Werke sind, um durchzusetzen, daß die Exekutionen bei diesen Leuten mit weniger Schärfe durchgeführt werden als bei den kleinen Leuten, aber die Tatsache kennen wir, daß dort Zustände existieren, die ins Grenzenlose gehen, während auf der anderen Seite erklärt wird, man könne nicht anders, weil der Bund und das Land Geld brauchen.

Aus allen diesen Gründen halten wir uns für verpflichtet, diese Dinge im Landtage zur Sprache zu bringen und stellen an den Herrn Finanzreferenten folgende Anfrage (liest):

„1. Sind dem Herrn Finanzreferenten diese oben geschilderten Vorfälle bekannt und entsprechen sie den Tatsachen?“

2. Wenn ja, welche Großgrundbesitzer und mit welchen Beträgen sind sie im Rückstand? Und

3. was gedenkt der Herr Finanzreferent zu tun, um diesem Zustande abzuhelpfen?

Ich möchte noch hinzufügen, daß in der letzten Zeit schon bezirksweise Eingaben von den Bauern an die Kammer gekommen sind, worin diese aufgefördert wird, gegen diese Vorfälle Stellung zu nehmen. (Beifall beim Landbund).

Präsident: Zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage ertheile ich Herrn Landesrat Höpfl das Wort. Redezeit 20 Minuten.

Höpfl: Hohes Haus! Ich bin in der Lage, darüber näheren Aufschluß zu geben, wie weit im Detail Steuerrückstände Ende 1932 bei den einzelnen größeren Besitzern vorhanden waren. Ich will aber die Liste nicht im Detail zur Verlesung bringen, weil es dem hohen Landtag ein ungenaues Bild geben würde, da ich überzeugt bin, daß eine Reihe von großen Besitzern im Laufe des heurigen Jahres ihre Rückstände abgedeckt haben. Es ist mir auch leider bekannt, daß eine Anzahl von Steuerrückständlern aus der Reihe der größeren Besitzer dieser Verpflichtung bis heute jedoch nicht nachgekommen ist, sondern daß ihnen vielfach neuerliche Stundungen, und zwar in ziemlich hohem Ausmaße, gewährt wurden.

Ich habe schon einmal im Finanzausschusse, als auch hier, berichtet, daß es für die Landesregierung und den Finanzreferenten deshalb so schwer ist, einzugreifen, weil uns von Seite des Finanzministeriums eine Einsichtnahme in die Kartothekblätter bei den Steuerämtern bis heute nicht bewilligt wurde. Ich bin daher angewiesen, mir durch Anfragen bei der Finanzlandesdirektion darüber Aufklärung zu verschaffen.

Hohes Haus! Aus den Ausweisen, die ich bekommen habe, ist ganz zweifellos ersichtlich, daß bei der Steuereinhebung nicht immer mit dem gleichen Maße von Gerechtigkeit gemessen wird. Ich bin auch zur Überzeugung gelangt, daß hier oftmals Mächte am Werke sind, die

den einzelnen Steuerträgern dort und da Schützenhilfe leisten, so daß es durch Interventionen von höherer Seite den Untergebenen oder Ämtern überhaupt nicht möglich gemacht wird, diese Steuereinkreibung durchzuführen. Dieses ungerechte Maß wirkt zweifellos auf unsere Bevölkerung beunruhigend. Erst unlängst war ein Bürgermeister bei mir, der gesagt hat: „Bitte, sorgen Sie dafür, daß endlich der Großgrundbesitzer seine Steuern zahlt, denn die kleinen Bauern sagen, wieso kommen wir dazu, daß uns die letzte Kuh genommen wird, während der Großgrundbesitzer seiner Steuerpflichtung nicht nachzukommen braucht!“

Vor mir liegt der Steuerausweis vom Ende September und in diesem sind ganz interessante Dinge zu beobachten. Ich möchte nur einen Fall herausgreifen, der zeigt, wie in Steiermark die Steuermoral gehoben wird. Ich nehme hier den Steuerbezirk Mariazell heraus; es ist dies der krasseste Fall: Die Landesgrundsteuervorschreibung für 1933 betrug inklusive der Rückstände 26.216 S. Von diesen rund 26.000 S wurden bis Ende September, also in Dreivierteljahre, überhaupt nur 844 S zur Abzahlung gebracht. Wenn man diese Ziffer ansieht, muß man zugeben, daß hier etwas bei der Steuereinhebung nicht stimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in dem ganzen Steuerbezirk Mariazell nur so wenig Steuern hereinzubringen sind. Ich gebe zu, daß in Gebirgsgegenden, wo Waldwirtschaft betrieben wird, der Bargeldmangel sehr groß ist; daß das aber in einem solchen Ausmaße der Fall ist, daß fast überhaupt nichts an Rückständen abgedeckt wurde, ist mir nicht erklärlich. Ich möchte daher auf die Anfrage der Interpellanten antworten, daß mir die Verhältnisse in diesem Lande punkto Steuern vollkommen bekannt sind.

Auf Punkt 2 möchte ich antworten, daß ich deshalb nicht in der Lage bin, die einzelnen Namen zu nennen, die in der Liste verzeichnet sind, weil wir hier ein Bild bekommen mit dem Stande vom 31. Dezember 1932 und wir nicht wissen, ob nicht der eine oder der andere während des Jahres seine Steuer abgedeckt hat. Ich will niemandem Unrecht tun und daher sage ich ganz offen, ich lehne es ab, diese Daten aus der Liste zu nennen, solange ich nicht genau über den jetzigen Stand orientiert bin, um nicht unrichtige Ziffern in die Öffentlichkeit hinausgelangen zu lassen.

Im dritten Punkt der Anfrage heißt es: „Was gedenkt der Finanzreferent zu tun, um diesem Zustand abzuhelpfen?“ Ich habe erst in den letzten Tagen mit der Finanzlandesdirektion Fühlung genommen, weil mir zur Kenntnis gebracht wurde, daß aus den verschiedenen Bezirken die Exekutionsakten an die Finanzlandesdirektion zurückkommen mit der Bemerkung: „Exekution vollkommen erfolglos geblieben.“ Es ist das eine Erscheinung, die nicht nur auf Zahlungsunfähigkeit zurückzuführen ist, sondern eine Erscheinung, die direkt ein gewisses System aufzeigt, daß sich gewisse Leute einfach zusammensinden und wenn irgendwo eine Exekution durchgeführt wird, so erscheint zur Verfeinerung niemand mehr. Es ist bereits eine Solidarität der Steuerrückständler zu verzeichnen. Diese Sache gibt uns natürlich zu denken. Mir wird aus einzelnen Be-

zirken berichtet, es gehen Agitatoren von Haus zu Haus und trachten, den Grundbesitzern das Nichtsteuerzahlen möglichst schmackhaft zu machen. Sie sagen: „Die österreichische Wirtschaft, diese österreichische Republik in ihrer heutigen Form, dauert nicht mehr lange, höchstens noch ein bis zwei Monate, dann wird dieses Gebäude in sich zusammenbrechen. Ihr werdet doch nicht so dumm sein, dieser Gesellschaft, die heute regiert, in der öffentlichen Verwaltung tätig ist, noch einen Groschen zu bezahlen. Wenn wir kommen, seid Ihr sicher, daß die Steuern zur Abschreibung gelangen werden.“ Es sind das dieselben Kreise, die früher allerdings unter einer anderen Flagge diese Agitation begonnen haben. Ich habe hier schon einmal berichtet, daß im Ennstal, im Steuerbezirk Liezen über 90 Prozent Steuerrückstände vorhanden sind, in dem gleichen Gebiete, wo der Septemberputsch des Steirischen Heimatbundes geboren wurde. Heute sind es dieselben Personen, nur in einem anderen Hemd, die diese Agitation betreiben, sich unterwühlend betätigen und ständig die Bevölkerung in der Richtung aufheizen. Wir müssen uns daher ganz offen mit dieser Frage und eindeutig beschäftigen, damit wir in der Lage sind, diesen Mächten entsprechend entgegenzuwirken. Es wird daher selbstverständlich meine Aufgabe sein, in nächster Zeit alles zu veranlassen, damit eine derartige Unmoral bei der Steuereinhebung und Steuerzahlung verhindert wird und damit auch ein Weg gefunden wird, der den Zahlungsunwilligen zur Zahlung zwingt.

Daher ist es notwendig, und es wird ja auch die Landesregierung sich in nächster Zeit mit dieser Frage zu beschäftigen haben, Mittel und Wege zu finden, um möglichst gerecht und gleichmäßig die Steuereinhebung durchführen zu können.

Nur möchte ich diesen Anlaß noch benützen und hier das Kapitel der Interventionen zur Sprache zu bringen. Hohes Haus! Es ist natürlich den Unterbehörden, den eintreibenden Stellen, nicht möglich, die Steuern einzubringen, wenn höheren Orts interpeniert wird dahingehend, daß man möglichst lange die Steuern stundet ohne Rücksicht darauf, ob jemand zahlungsfähig ist oder nicht. Das ist zu beurteilen von den zuständigen Steueramtsbehörden oder von der Landesregierung bei den Landessteuern. Wenn jemand um Intervention angerufen wurde oder wird, halte ich es für ein Gebot der Notwendigkeit, nicht direkt bei der obersten Instanz zu intervenieren, sondern dem Bittsteller zu sagen: „Wir werden diesen Fall entsprechend behördlich behandeln.“ Ist er berücksichtigungswürdig, wird er ohnedies von Amts wegen auch als berücksichtigungswürdig behandelt. Wenn dann aber beim Finanzministerium oder der Finanzlandesdirektion durch einen persönlichen Druck interveniert wird, und zur Folge hat, daß jemand, der unter Exekution stand, freikommt, so ist das natürlich ein unbaltbarer Zustand. Mir ist folgender Fall passiert: Ich habe mich über diese Art und Weise der Interventionen bei einem früheren Finanzminister beschwert. Dieser ließ den zuständigen Sektionschef, den beamteten Referenten, in meiner Anwesenheit rufen und fragte ihn: „Wieso ist es möglich“ — es hat sich um die Gebührenangelegenheit eines Großgrundbesitzes, der in Ober-

steiermark vor einigen Jahren verkauft wurde, gehandelt —, „wieso ist es möglich, derartige Steuerstundungen auf Jahre hinaus zu gewähren? Wenn jemand 6 Millionen Schilling hat, um den Großgrundbesitz kaufen zu können, wird er wohl auch noch so viel Geld haben, um die Gebühren an Staat, Land und Gemeinde abzustatten zu können.“ Auf meine gleichartige Anfrage hat mir der betreffende Sektionschef geantwortet: „Da fragen Sie mich? Ich kann Ihnen nur eine Antwort geben: Es wurde bei mir von höherer Stelle interveniert und ich mußte mich dieser Intervention beugen.“ (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Wer ist das?“) Ich wollte durch dieses Beispiel nur aufzeigen, daß Interventionen nicht immer am Platze sind. Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder werden natürlich von der Bevölkerung in Zeiten der Not viel mehr als in normalen Zeiten mit Bitten überlaufen. Ich möchte aber herzlichst bitten, bei diesen Interventionen wirklich Gerechtigkeit walten zu lassen und die Interventionen an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten, die zu entscheiden haben, ob der Bittsteller tatsächlich berücksichtigungswürdig ist oder nicht. Es ist das auch deshalb dringend notwendig, weil wir ja nicht allein mit den Menschen zu rechnen haben, die die Steuer bezahlen müssen, sondern wir müssen auch mit jenen Faktoren rechnen, die die Steuern einheben, den Beamten, die heute die Steuereinhebung durchzuführen haben, die ohnedies einen unangenehmen und schweren Dienst versehen müssen. Wenn der Beamte von Haus aus noch so sehr von Gerechtigkeit durchdrungen ist, wird in ihm das Gefühl der Gerechtigkeit entwurzelt, wenn er sieht, daß dem einen ungerechterweise Vorteile zukommen und andere wieder benachteiligt werden. Es ist also nicht nur wegen der Steuerzahler notwendig, Gerechtigkeit zu üben, sondern auch wegen der einhebenden Beamten.

Ich hoffe, daß die Anfragesteller soweit mit meiner Beantwortung zufrieden sein werden. Ich kann nur zum letzten Punkt der Anfrage nochmals betonen, von Seite des Finanzreferentes des Landes Steiermark wird alles unternommen werden, um objektiv, mit voller Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit die Einhebung der Steuern auch in Zukunft in die Wege zu leiten.

Hartleb: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechsellrede.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Hartleb: Hohes Haus! Aus den Ausführungen des Herrn Finanzreferenten Höpfel haben Sie bereits entnommen, daß es sich bei den Leuten, die sich als Steuerzahlungsunwillig erweisen, um Angehörige einer bestimmten Richtung handelt, einer Richtung, die andere Pläne für Österreich hat, etwas anderes aus Österreich machen will, als was es derzeit ist. Wenn wir diese Dinge sehen, dann ist es, glaube ich, doch notwendig, daß wir uns einmal in aller Öffentlichkeit und Offenheit hier im Landtage mit diesen Leuten, mit ihren Führern und mit ihren Absichten beschäftigen. Es schaut manchmal so aus, wenn man die Zeitungen liest und verschiedene Reden dort gedruckt findet, als ob die

österreichische Bevölkerung überhaupt schon in ihrer Mehrheit legitimistisch und faschistisch sein würde, es nichts anderes gäbe, als Jubel für den Führer Starhemberg und für den Faschismus. Nun bei näherem Zusehen ist das allerdings etwas anders. Die Dinge liegen so, daß diese Reaktionäre, diese Schwarzgelben wieder hinaufmöchten, weil sie glauben, daß das wirtschaftliche Elend geeignet sei, um wieder hinaufzukommen. Unter Ausnützung dieses wirtschaftlichen Elends versuchen sie die Bevölkerung aufzuputtschen, versuchen jeden, der in der Öffentlichkeit tätig ist und nicht ihrer Richtung angehört, schlecht zu machen, zum Korruptionisten, zum Gauner zu stempeln, um auf diese Weise auf der anderen Seite das Vertrauen zu untergraben und zu tun, als ob die Rettung nur von diesen Maulhelden kommen könnte. (Rufe: „Sehr richtig!“ — bei den Sozialdemokraten.) Man muß daher versuchen, diese Dinge etwas näher zu betrachten. Wenn wir fragen, wer eigentlich der Führer ist, so sehen wir, daß abgesehen davon, daß auch Mitglieder des einstigen Herrscherhauses Sabburg in der letzten Zeit sich wiederholt bemüht haben, da mitzutun, was wir ihnen aber abraten möchten, denn wir haben sie in Ruhe gelassen, sie sind glimpflich behandelt worden von der österreichischen Bevölkerung, es könnte aber auch anders sein, wenn es für notwendig gehalten wird. Wir sehen also, daß abgesehen davon, vor allem Bundesführer Starhemberg derjenige ist, der sich berufen fühlt, alle jene in den Kot zu zerren, die nicht seiner Ansicht sind und der sich berufen fühlt, der Herold von Österreich zu werden. Es ist aber nun notwendig, den Menschen auf das Maß zurückzuschrauben, das ihm gebührt.

Starhemberg hat eine noch nicht allzulange politische Vergangenheit. Wir haben zuerst von ihm gehört, wie er Führer des Bundes Oberland war, da war er mehr so national, wenn schon nicht nationalsozialistisch eingestellt (Leichin: „Braun gefärbt war doch das Hemd!“) Dann ist er zum Heimatschutz übergewechselt und hat getrachtet, dort eine Rolle zu spielen. Ich möchte auf die früheren Streitigkeiten, die lange Zeit den Heimatschutz beherrscht haben, nicht näher eingehen, möchte nur sagen, daß jedem ehrlichen und aufrechten Menschen die Leute leid tun mußten, die aus idealen Gründen, weil sie geglaubt haben, es ist wirklich etwas Gutes, diesen Leuten Gefolgschaft geleistet haben, die haben mir oft erbarmt. Der Herr Starhemberg hat scharf gegen die Regierung gemacht, bis es ihm möglich gewesen ist, selbst in die Regierung zu kommen. Zwei Monate hat er glorreich mitgeholfen zu regieren, während der Wahlzeit 1930. Dort ist auch eine Tat gesetzt worden, allerdings nur eine, die Verteilung der Mühlenhilfe fiel in diese Regierungszeit. Über diese Verteilung brauche ich weiter nicht zu reden, das ist überflüssig, die Öffentlichkeit ist gut genug darüber informiert, wie das gemacht worden ist. Nach ein paar Monaten war die Herrlichkeit vorüber und Starhemberg war wieder in Opposition. Er hat dann abwechselnd den einen oder den anderen Mitführer des Heimatschutzes bekämpft, hat aber mit allen gemeinsam die Putschvorbereitungen für den 13. September 1931 getroffen, um am 13. seine Kame-

raden schmähtlich zu verraten. Der Ehrenmann, mit dessen Mitwissen die Vorbereitungen getroffen worden sind, hat glatt die Leute, die er in den Putsch hineingeht hat, im entscheidenden Moment im Stiche gelassen und sie verraten. (Leichin: „Das ist immer so!“ — Gsöllner: „Fürstenmoral!“) Nach dem 13. September hat er sich wieder als Regierungsmann zu betätigen begonnen. Er hat durch seinen Verrat bekundet, daß er doch etwas anderes ist als die Verratenen. Er hat daraus gefolgert, daß man ihm einen gewissen Dank schuldig ist und war bestrebt in die Regierung einzurücken. Er ist zwar selbst nicht mehr hineingekommen, aber er hat Vertreter seiner Richtung hineingebracht.

Wenn man fragt, was Starhemberg in den Jahren, wo er sich im öffentlichen Leben bemerkbar gemacht hat, geleistet hat, so kann man sagen, daß von einer Leistung nicht gesprochen werden kann. Geleistet hat er nichts. Wenn man fragt, was er treibt, so muß man feststellen, daß er vor allem darin eine Aufgabe gesehen hat, für die reaktionären Bestrebungen gegen die Republik und gegen die Demokratie zu hetzen und zu wählen. Er hat vor allem aber auch die Aufgabe in sich gefühlt, besonders scharf gegen das Nationale, gegen Deutschland vorzugehen, wobei er keine Unterscheidung macht zwischen Nationalsozialismus und Deutschland überhaupt. Es ist in der letzten Zeit oft bedauert worden, daß die Bemühungen unseres Bundeskanzlers, die darauf gerichtet sind zu einem besseren Verhältnis zu Deutschland zu kommen, erfolglos waren, die gekenn-, zeichnet werden von einer Zurückhaltung des österreichischen Bundeskanzlers, die bewundernswert ist, er hat alles vermieden, was geeignet wäre eine Verstimmung im Reiche hervorzurufen und hat sich eine eiserne Reserve auferlegt. Daneben aber sehen wir, daß Starhemberg keine Gelegenheit unbenützt läßt, um Reden zu schwängen, die natürlich in Deutschland dieselbe Erregung und dieselbe Ungeneigntheit zu einem besseren Verhältnis zu Österreich zu kommen, hervorrufen müssen, wie es die von München aus gegen Österreich gerichteten Hetzreden tun. Wir Österreicher bedauern, daß von München aus diese Hetze gegen Österreich betrieben wird und wir wissen, daß Hitler selbst daran nicht teilnimmt. Wir haben keine Äußerung Hitlers in der letzten Zeit gehört, die besagen würde, daß er die gleichen Ansichten vertritt, wie sie vom Münchner Sender verbreitet werden. Wir müssen es aber ebenso bedauern, wenn auf österreichischer Seite die gleichen Scharfmachereien zu verzeichnen sind. Es ist das nichts anderes. Wir sind überzeugt, daß es ganz falsch ist, Deutschland überhaupt gleich zu halten mit der nationalsozialistischen Partei. Soweit ist es auch draußen nicht. Es würde heute schwer sein festzustellen, wie viele Anhänger der nationalsozialistischen Richtung sind und wie viele nicht. Aber wir können mit ruhigem Gewissen annehmen, daß die Zahl derer, die innerlich anders eingestellt sind, wesentlich größer ist als die Zahl derjenigen, die wirklich überzeugte Nationalsozialisten sind. (Leichin: „Sehr richtig!“) Man soll, wenn man die Nationalsozialisten bekämpft, auch im Interesse des

österreichischen und des deutschen Volkes nicht so weit gehen, einfach das ganze deutsche Volk zu beschimpfen und anzugreifen. Das ist grundsätzlic, das tut aber Starhemberg konsequent. Er tut es vielleicht nicht ohne Absicht, denn was wir von ihm sehen ist, daß dieser Mann, der andere Korruptionisten nennt, mit dem Gelde fremder Regierungen, mit dem Gelde des schwarzen Faschismus, in Österreich den braunen Faschismus bekämpft mit der Absicht, hier einen schwarzelben Faschismus aufzurichten.

Das ist mit kurzen Worten das, was Starhemberg treibt. Dieser Mensch beschimpft fortwährend die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder, die nicht seiner Richtung angehören, alle sind Korruptionisten, alle sind nichts wert, das System muß verschwinden und es hat den Anschein, als ob nur er und seine Richtung etwas leisten können und reine Hände haben. Wenn man ihn sich näher anschaut, was wissen wir von ihm? Zuerst hat er das Erbe seiner Väter verpulvert — das braucht uns aber nichts anzugehen, das ist seine Sache — dann hat er Schulden bei Juden gemacht, deren Köpfe er ein paar Wochen vorher in den Sand rollen ließ, hat sich dann mit diesen Juden ausgeglichen, ob das nun so oder so heißt und dann, als er von den Juden kein oder wenig Geld bekommen hat, hat er sich an das Ausland gewendet und läßt sich vom Ausland bezahlen oder finanzieren. (Pfortner: „Geld stinkt nicht!“) Aber nicht nur das, meine Herren, wir wissen auch noch andere Dinge von ihm. Wir wissen beispielsweise, daß eine Verlagsgesellschaft, die er gegründet hat, und die dann, obwohl er sie angeblich bei der Gründung mit einem Betrag von 700.000 S ausgestattet hat, sehr bald in Schwierigkeiten geraten ist, daß diese Verlagsgesellschaft sich dann an ihre Gläubiger gewendet hat, sie könne nicht zahlen. Ich habe da zufällig einen Brief, einen jener Briefe, die der Herr Doktor Przyborski namens des „Vaterländischen Pressevereines“ unterfertigt hat und die Starhemberg gleichlautend an die Gläubiger verschickt hat. Die Schulden, die dieser Presseverein aufgehäuft hat, möchte ich noch bemerken, waren 450.000 S und die Gläubiger haben dann einen Brief bekommen folgenden Inhalts (liest):

„Namens des „Vaterländischen Pressevereines“ beehre ich mich folgende Mitteilung zu machen:

Die von mir vorgenommene Prüfung des Status des „Vaterländischen Pressevereines“ hat ergeben, daß das Vereinsvermögen für die Herausgabe der verschiedenen Zeitungen fast zur Gänze aufgebraucht wurde, so daß keinerlei Mittel zur Deckung der Passiven zur Verfügung stehen.

Um den Geldgebern des „Vaterländischen Pressevereines“ nun wenigstens einen Teil der Forderungen vergüten zu können, wurden von dritter Seite freiwillig und ohne Präjudiz ein Betrag „à fonds perdu“ zur Verfügung gestellt, der auf Grund des derzeitigen Status einen 20prozentigen Kassaausgleich mit sofortiger Barauszahlung sichern würde. Diese Intervention erfolgt jedoch nur dann, wenn der außergerichtliche Ausgleich bis 15. Oktober 1933 beendet ist. Sollte dieser Ausgleichsvorschlag nicht von sämtlichen Gläu-

bigern angenommen worden sein, werden die erforderlichen Mittel nicht beige stellt werden.

Dr. Georg Przyborski.“

Also der Herr Starhemberg hat das Geld, er kann es beistellen, aber er schämt sich nicht, den Gläubigern, den Gewerbetreibenden den außergerichtlichen Vorschlag zu machen, sich mit ihm mit 20 Prozent auszugleichen.

Ein anderer Fall. Es gibt in Wien einen Gewerbetreibenden, der auch zu den Gläubigern dieser Richtung gehört und der von ihm einen bedeutenden Betrag zu fordern hat. Dieser Gewerbetreibende läßt sich nicht einschüchtern, betreibt die Sache und es kommt schließlich so weit, daß der Vertreter dieser Richtung in der Regierung, der Landesleiter dieser Richtung in dem betreffenden Bundeslande vor die Wahl gestellt ist, entweder zu zahlen oder den Offenbarungseid abzulegen. Das ist natürlich für einen aktiven Minister eine etwas unangenehme Sache, das Gewerbeunternehmen gibt aber nicht nach. Resultat: Diesem Gewerbeunternehmen wird ohne Verwarnung und mit einer etwas vagen Begründung das Gewerbeentzogen, das Gewerbeunternehmen ist zugrunde gerichtet, 150 Arbeiter sind brotlos gemacht. (Zwischenruf: „Vaterländischer Kurs!“ — Machold: „Autoritärer Kurs!“ — Pfortner: „Wer ist das?“) Ich will keinen Namen nennen, ich habe aber gesprochen von einem Landesleiter, der Minister ist und da ist es nicht so schwer, den Namen zu erraten. So wird das gemacht. Wenn ein Landbündler oder ein Christlich-sozialer einmal auf die Idee gekommen wäre, so etwas zu machen, so hätten die Leute Tag und Nacht „Korruption“ geschrien. Aber sie selbst machen das bedenkenlos und nennen die anderen Korruptionisten und dann glauben solche Leute, man soll sich mit ihnen bei Gericht herumschlagen. Ich habe mich schon einmal geäußert, ob wir Landbündler, ob der Herr Vizekanzler Winkler den Starhemberg klagen sollen, aber ich will diese Äußerung hier in dem geheiligten Landtagsaal nicht wiederholen, obwohl ich diese Äußerung vollinhaltlich aufrecht erhalte. Ich möchte aber doch sagen, warum.

Starhemberg hat den Herrn Vizekanzler Winkler nicht das erstemal beleidigt. Wir haben eine Anzahl von Klagen gegen diesen Mann bei Gericht eingebracht. Was haben wir erlebt? Glauben Sie, daß dieser Ehrenmann ein einzigesmal vor Gericht den Mut gehabt hat für das einzustehen, was er gesagt hat? Nein, gekniffen ist er, dieser Feigling, gekniffen und ausgewichen. Er hat den Prozeß jahrelang hingezogen und dann ist er hergekommen und hat eine Ehrenerklärung unterschrieben. Und demselben Manne sollen wir uns noch einmal vor Gericht stellen? Nein, ein solcher Mensch wird nicht geklaagt! (Gföllner: „Aber er ist Führer der „Vaterländischen Front“!“) Darauf komme ich noch zu sprechen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ihre Redezeit geht zu Ende.

Hartleb (fortfahrend): Ich bitte, ich habe ja noch einmal Gelegenheit zu reden, ich werde dann fortsetzen und darauf zurückkommen.

Gföller: Wir haben diese dringliche Anfrage aus dem Grunde unterstützt, weil wir schon gelegentlich der Budgetdebatte uns mit diesem Kapitel beschäftigt haben und uns darüber beklagt haben, daß auch aus den Reihen der uns nahestehenden Kleinbauern uns immer wieder derartige Beschwerden zukommen, wie sie aus der Anfrage hervorgehen. Der Herr Finanzreferent hat in seiner Beantwortung der Anfrage darauf verwiesen, daß einige dieser Leute im Laufe des Jahres gezahlt hätten. Er hat aber eigentlich nicht volle Aufklärung gegeben. Ich glaube, es wäre zumindestens sehr interessant zu wissen, ob alle diejenigen, die gezahlt haben, auch jeweils den ganzen Steuerrest bezahlt haben oder ob es nicht vielleicht vorgekommen ist, daß größere Steuerrückstände dann im Wege der Abschreibung erledigt worden sind. Mir ist ein anderer Fall bekannt, in dem es sich um eine Gräfin T a k o l i — so oder ähnlich lautete der Name — in der Nähe von Virksfeld gehandelt hat, in dem eine Abschreibung von 3000 S vorgenommen worden sein soll auf Weisung von höherer Stelle mit der Begründung, daß es sich um Notlage handelt, obwohl man andererseits davon gesprochen hat, daß die gleiche Gräfin irgendwelche Erbschaft aus Italien gemacht haben soll. Ich möchte darauf verweisen, daß leider der Finanzreferent weiter uns nichts darüber gesagt oder ganz genaue Ziffern darüber gegeben hat, wie hoch diese Steuerrückstände sind, die vom Großgrundbesitz stammen und auf welche Großgrundbesitzer sich diese Steuerrückstände verteilen. Es wäre vor allem interessant, wirkliche Ziffern darüber zu hören, in Erfahrung bringen zu können, vor allem deshalb, weil es höchste Zeit ist, daß die öffentlichen Körperschaften sich darum kümmern, daß diese öffentlichen Gelder eingebracht werden, weil ja sonst Gefahr besteht, daß unter Umständen im Wege von Konkursen oder ähnlichen Malheuren Landesgeld verloren geht. Es ist bei anderen Gelegenheiten zum Beispiel gelegentlich eines Ausgleiches erst am den Tag gekommen, daß das Stift Lambrecht der Landwirtschaftskrankenkasse nicht weniger als rund 60.000 S Versicherungsbeiträge schuldig geblieben ist, während man auf der anderen Seite, allerdings mit Recht, bei mittleren und kleinen Bauern rücksichtslos bei der Beitragseinhebung vorgegangen ist. Es ist zu vermuten, daß derartige Fälle auch bei der Steuergebarung vorhanden sind und die Öffentlichkeit hätte ein Recht darauf, einmal hier nähere Aufklärungen zu bekommen, umsomehr, als der Herr Finanzreferent selbst berichten mußte, daß sogar neuerliche Stundungen in der letzten Zeit vorgekommen sind. Es wirft sich da die Frage auf, daß es doch nicht möglich ist, daß die steiermärkische Finanzlandesdirektion eine derartige Gebarung aus eigenem führt. Die Finanzlandesdirektion untersteht doch der Aufsicht des Bundesministeriums für Finanzen und es ist nicht anzunehmen, daß der Herr Finanzlandesdirektor aus eigenem sich erlauben dürfte, derartige Steuerstundungen in diesem Umfang vorzunehmen, daß der Herr Finanzlandesdirektor aus eigenem zusieht, daß der Großgrundbesitz die längste Zeit die Steuern schuldig bleibt. Es muß der Finanzminister letzten Endes nach dem Rechten sehen. Das Finanzministerium ist die Aufsichtsbehörde,

die die Weisungen an die Finanzlandesdirektion gibt und da ist es in dem Zusammenhang insbesondere interessant, immer wieder zu hören wie es nicht einmal dem Landesfinanzreferenten möglich sei, Einsicht in die Steuerkontoblätter zu erlangen, so daß man sehen muß, daß diese Praxis von oben kommt und daß die Bundesfinanzverwaltung selbst eine Art Protektionswirtschaft bei der Steuereinhebung herbeigeführt hat. Es ist gerade so, daß man den Eindruck bekommt, als ob das autoritäre Regime vor allem deshalb zustande gekommen wäre und deshalb fortgesetzt werden soll, damit es möglich ist, Kapitalistengeschenke oder Geschenke an den Großgrundbesitz zu verschleiern, damit man diese Dinge der Kontrolle der Öffentlichkeit entziehen kann, was durch die Demokratie nicht möglich ist. Es sieht auch so aus, als ob man den Ständestaat deshalb anstreben würde, damit der Großgrundbesitz in einem Ständestaat dann vielleicht legal von der Steuer befreit werden könnte und die Steuern dann die anderen zu zahlen hätten, daß man legitimistische Bestrebungen fördert, damit die Begünstigung der Grafen, Fürsten und Barone im Dunkel einer Monarchie vorgenommen werden kann und der gewöhnliche Staatsbürger, der auch der Bauer ist, überhaupt nicht mehr die Möglichkeit hat, zu erfahren, wie die Steuerlasten im Staate auf die Bevölkerung verteilt werden.

Der Herr Landesfinanzreferent hat davon gesprochen, daß diese Steuerstundungen zum Teil auch auf Interventionen höheren Ortes zurückzuführen sind und ich muß sagen, es befremdet mich vom Herrn Finanzreferenten, daß er so geheimnisvoll von dieser Tatsache spricht. Ich möchte eindeutig einmal sozusagen von einer amtliche Stelle aus hören, wer eigentlich diese Stelle ist, ob vielleicht die Gerüchte wahr sind, die dahingehen, daß auch Herr Landeshauptmann Dr. R i n k e l e n zu jenen höheren Stellen gehört, die für den Großgrundbesitz um Steuerstundungen bei den Finanzbehörden interveniert haben. Dieses ganze Kapitel hat aber auch eine andere Seite. Vor allem ist es so, daß der Bund dadurch, daß er auch den Steuereinhaltungsapparat in der Hand hat, sein Bedürfnis zuerst befriedigen kann, daß der Bund also immer die Möglichkeit hat, in erster Linie aus den Steuereinnahmen seinen Anteil wegzunehmen, seine Bedürfnisse zu befriedigen und dann kommt erst das Land und dann kommen erst die durch die Abgabenteilung beteiligten anderen Instanzen an die Reihe. Die Folge davon ist, daß das Land ungeheuer zu leiden hat. Mit eine Folge dieses Umstandes ist weiters, daß sich die Finanzmisere des Landes in erhöhtem Maße fortsetzt, vor allem auch auf die Gemeinden. Die Gemeinden sind zum großen Teil schon in der trostlosesten Lage nicht deshalb, weil sie nicht ordentlich gebaren würden und nicht allein deshalb, weil wir heute unter einer ungeheuren wirtschaftlichen Krise leiden, sondern vor allem deshalb, weil sie nicht einmal jene Steuereinnahmen erhalten können, die ihnen gesetzlich gebühren, auf die sie Anspruch haben, weil das Land den Steueranteil den Gemeinden nicht überweist oder zu überweisen nicht in der Lage ist. Die Stadtgemeinde Graz hat zum Beispiel unbezahlte Rechnungen im Betrage von 800.000 S

und wäre ohne weiteres in der Lage, diese unbezahlten Rechnungen zu bezahlen, wenn sie die Steuerrückstände vom Lande bekommen könnte, die das Land der Gemeinde Graz schuldet. Das ist aber nicht nur bei Graz, das ist auch nahezu die Regel bei den übrigen Gemeinden des Landes. Es gibt verschiedene Gemeinden, die gelegentlich der Winterhilfsaktion natürlich große Ausgaben gemacht haben und diese Ausgaben gemacht haben in der Erwartung, daß das Land auch seinen zugefügten Anteil beisteuert, daß die vereinbarten Beträge hiezu zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden haben ihre Leistung erfüllt. Es soll sogar Gemeinden geben, die noch aus dem vorhergegangenen Winter Forderungen an das Land hätten und eine Reihe von Gemeinden, die vor allem noch Forderungen aus dem vergangenen Winter an das Land zu stellen hat. Es ist so die Auswirkung dieser Praxis, daß man auf der einen Seite rücksichtslos Steuern einhebt bei den kleinen Geschäftsleuten, bei den kleinen Bauern und auf der anderen Seite begünstigt die Großen und daß darunter mitzuleiden haben wieder die Kleinen, die Geschäftsleute vor allem, die schwer darauf warten, daß die öffentlichen Körperschaften ihre Rechnungen bezahlen und darunter sogar zu leiden haben die ärmsten unter uns, jene Arbeitslosen, die nicht einmal mehr eine Unterstützung haben, die angewiesen sind auf Aktionen, wie sie die Winterhilfe darstellt, die ebenfalls eingeschränkt werden muß, weil das Geld dazu fehlt, um die Aktion bestreiten zu können.

Ich möchte zum Schlusse sagen, daß es höchste Zeit wäre, daß endlich die Verantwortlichen sich dazu bekennen, daß die Gleichheit auch in der Steuerzahlung hergestellt werden soll, wenn man schon nicht davon redet, daß begünstigt wohl vor allem die Kleinbauern, die kleinen Steuerzahler werden sollen, nicht aber die großen, wie es heute geschieht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gudenus: Hohes Haus! In einem Punkte bin ich mit dem Präsidenten **Hartleb** ganz einer Meinung. Diejenigen unter den Großgrundbesitzern, die er zu kennen scheint, welche grundsätzlich die Steuern verweigern, die aber zahlen könnten, ohne andere Leute Leute zu schädigen, kann man nicht scharf genug packen. Ich muß aber sagen, ich kenne keine solchen. Die Leute, denen man nachweisen kann, daß sie mit Absicht, gegen besseren Willen die Steuern verweigern, sind mir unbekannt. Ich habe allerdings keinen so großen Kreis von Bekannten. Diejenigen, die er genannt hat, die er zu kennen scheint, welche glauben, daß sie durch Steuerverweigerung die Monarchie hereinbringen würden, die muß ich bedauern, die sollen sich ein paar Duzend Arbeitslose anwerben, um sich bedauern zu lassen. Das ist nicht die Manier, wie man die Monarchie hereinbringt. So dumme Leute scheint es aber zu geben, Sie scheinen sie zu kennen, ich kenne sie nicht. (**Hartleb:** „Oh ja!“) Ich bin deswegen dieser Meinung, weil ich zum Heer der sogenannten „Dummen“ gehöre, die solange Steuer zahlen, als sie können. Dieses Heer ist ziemlich groß, Gott sei Dank. Aber ich glaube, daß die, welche verdächtig werden, nicht zahlen zu wollen, obwohl sie könnten, daß die

Gruppe dieser Leute ganz bestimmt viel geringer ist, als das vielleicht bücherlich aussieht. Ich bitte nicht zu vergessen, daß das Verhältnis der Steuer, wenn man Grundsteuer, Warenumsatzsteuer und Lohnabgabe zusammenzieht, beim Großgrundbesitz und beim Kauschler eine Differenz aufweist von 28 S auf 54 S. Wie ist es nun für den Großgrundbesitz ohne weiteres möglich, bei gleicher Fläche und gleicher Qualität so viel mehr herauszuwirtschaften? (**Hartleb:** „Das dürfte ein Irrtum sein. In Steiermark haben wir keine gestaffelten Steuern!“) Ich rede ja nicht nur von der Grundsteuer. Diese 28 S zahlt nun der Kleinbesitzer, bei den anderen kommt aber die gestaffelte Lohnabgabe und die Warenumsatzsteuer dazu, das macht diese Differenz. Ich rechne die höchste Möglichkeit, die bis auf 54 S geht für 100 K Katastralreinertrag oder Steuerbasis. Ich glaube, daß die Gruppe der sogenannten unwilligen Zahler eine etwas kleinere ist. Ich war auf diese Anwürfe natürlich nicht gefaßt, sonst hätte ich mich um Statistik umgesehen. Aber meinen Besitz kenne ich, ich bedaure nur, daß ich mit meiner eigenen Sache kommen muß, das ist meine eigene Statistik. Auch bei mir hat das Steueramt eine gewisse Geduld geübt und nur dieser Geduld verdanke ich es, daß es möglich war, meinen Betrieb, der am Zusammenbrechen war und den ich beinahe aufgegeben hatte, wieder anzukurbeln, allerdings unter den größten Opfern, und daß ich wieder daran bin, die Steuern allmählich abzuführen. Ich glaube, daß das Steueramt in Weiz und Birkfeld nicht allzu unzufrieden sein wird mit mir. Dies war nur möglich, weil zugewartet worden ist. Blutsigen Zins habe ich allerdings zahlen müssen, aber es ist möglich gewesen. Was mich allein betrifft, mag Ihnen ja gleichgültig sein und es steht jedem von Ihnen frei, sämtliche Großgrundbesitzer als Ungeziefer zu betrachten, das ausgerottet werden muß, aber es wird immer vergessen, daß hinter jedem Großgrundbesitzer so und so viele Beamte, Angestellte und Arbeiter stehen und noch andere arme Teufel, die auch mit ihm zugrunde gehen. Wir haben leider Gelegenheit genug, im Lande zuzuschauen, wie Großgrundbesitzer jämmerlich abhaufen. Ich glaube, außer ein paar Schnalzern hat niemand Grund, sich über das Zusammenkrachen von Großbetrieben zu freuen. Wenn diese Nachsicht der Steuerämter manchmal bei den Großgrundbesitzern etwas weiter geht als bei Kauschlern — ich sehe nicht im Umf und kann es daher nicht beurteilen — so ist das vermutlich aus dem richtigen Prinzip gemacht worden, daß man sich überlegen muß, bevor man einen umbringt, wenn man damit Männer ins Unglück stürzt, die nichts dafür können und daß man ihnen die Hoffnung, die Möglichkeit gibt, ihren Großbetrieb durch Umstellung wieder herauszuarbeiten. Meine Wenigkeit ist ein glänzendes Beispiel, aber ob ich nicht doch noch zusammenkrachen werde, weiß ich nicht.

Eine Menge anderer Sachen sind hier noch vorgebracht worden, die, streng genommen, nicht in den steierischen Landtag gehören. Ich will daher nicht darüber sprechen, weil ich der Ansicht bin, das gehört nicht hieher. Qui tacet consentire videtur. Ich sage nur so viel und ich will nicht geschwiegen haben. Die

Antwort auf alle diese Dinge wird von entsprechender Seite in sachlicher Weise ohnehin seinerzeit erfolgen.

Reichl: Hohes Haus! Schon durch viele Monate hindurch wird den Beamten, wenn sie wegen der Auszahlung der Bezüge beim Finanzreferenten vorsprechen, da die Bezüge nicht nur nicht am Ersten ausbezahlt werden, sondern weil auch die Quote der Auszahlung erst im Laufe des Monats festgestellt wird, immer wieder gesagt, daß die Finanzmisere des Landes Steiermark so ist, daß weder am 1. noch am 15 gesagt werden kann, wann und ob die Bezüge ausgezahlt werden können. Wir wissen, daß dieser Modus der Gehaltsauszahlung und diese Schwierigkeiten gewiß nicht auf einen bösen Willen des Finanzreferenten zurückzuführen sind, sondern darauf, daß die Kassen des Landes Steiermark nicht jene Bestände aufweisen, die man wünschen möchte. Nun müssen wir heute hören, daß es sogar notwendig ist, eine dringliche Anfrage einzubringen, warum von jenen Kreisen, die man Großgrundbesitzer deswegen nennt, weil ihr Besitztum ausgedehnt und gut fundiert ist, warum von jenen Kreisen die Steuern nicht bezahlt werden. Ich verrate kein Geheimnis, denn im Finanzausschuß haben wir ja offen festgestellt, daß die Steuerrückstände der Großgrundbesitzer $1\frac{1}{2}$ Millionen Schilling ausmachen. Wenn man auf diese Weise auf der einen Seite mit derartigen Steuerrückständen zu rechnen hat, dann ist es begreiflich, daß für die Pflichtleistungen des Landes die nötigen Geldmittel nicht vorhanden sind. Man darf nicht in den Fehler verfallen, daß man sagt, die Beamten leben nur von den Steuern der anderen, denn sie zahlen selbst Steuer. Jeder Beamte zahlt selbst und die Beamten gehören zu jenen, denen es unmöglich ist, auch nur einen Groschen schuldig zu bleiben. Ihnen wird nichts abgeschrieben oder gestundet, weil ihnen bei der jeweiligen Gehaltsauszahlung die entsprechende Quote einfach abgezogen wird. Das ist eine Methode, die bei den Großgrundbesitzern sehr übel vermerkt werden würde. Sie würden es sehr übelnehmen, wenn ihnen die Möglichkeit genommen würde, die Steuern schuldig zu bleiben. Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, daß wir noch in einem Rechtsstaat leben und daß der Beamte nicht nur für seine Arbeit den entsprechenden Gehalt bekommt, sondern daß er, dem ja am Ersten die Steuern abgezogen werden, auch nicht schlechter behandelt werden soll, als derjenige, der schuldig bleiben kann; daß heißt, daß auch die Großgrundbesitzer und die Großunternehmungen ihre Steuern nicht ins Uferlose schuldig bleiben dürfen, sondern pünktlich zahlen sollen.

Ich bin befriedigt, daß der Herr Finanzreferent angekündigt hat, daß er gegen die Steuerrückständler energisch vorgehen werde, dort, wo es möglich ist, die Steuern hereinzubringen und die Gelder, die wahrscheinlich für andere, politische Zwecke verwendet werden würden, wegzunehmen und jenem Zweck zuzuführen, für den sie von Rechts wegen bestimmt sind.

Ich möchte daher an den Herrn Finanzreferenten die Bitte stellen, in diesem Sinne alles vorzukehren, damit die unerträglichen Steuerrückstände, die das ganze Budget des Landes in Gefahr bringen und die be-

fürchten lassen, daß die Beamten eines Tages ihre vollen Bezüge nicht mehr bekommen, hereingebracht werden, und daß hiebei energisch vorgegangen werde.

Hartleb: Hohes Haus! Ich setze fort. Ich habe früher ausgeführt, warum wir den Herrn Starhemberg nicht mehr klagen. Ich habe auch ausgeführt, daß wir ihn schon des öfteren geklagt haben. Ich möchte nur hinzufügen, daß die ganze Art, wie der Herr Fürst sich bei Gericht auführt, eine so jämmerliche ist, daß man keine Luft hat, sich mit diesem Manne noch einmal hinzustellen. Eine Vertagung um die andere, ein Hinausziehen um das andere! Wir haben einen Ehrenbeleidigungsprozeß durch zwei Jahre führen müssen, bis man endlich zu einem Abschluß gekommen ist. Nun stehen wir auf dem Standpunkt, daß man Menschen, die das, was sie in der Öffentlichkeit behaupten, vor Gericht nicht beweisen können oder wenigstens sich dafür einzustellen trauen, die durch zwei Jahre Prozeß geführt und dann erklärt haben, sie ziehen alles zurück und halten nichts mehr aufrecht, daß man die dann nicht so ernst nehmen kann, um sie noch einmal zu klagen. Wir begrüßen es daher, daß Vizekanzler Winkler diesen Standpunkt jetzt eingenommen hat.

Nun möchte ich zur Charakterisierung des Herrn Starhemberg noch ein paar Dinge sagen. Starhemberg ist auch noch aus ein paar anderen Angelegenheiten bekannt. Er ist der Mann, der seinerzeit versucht hat, den Polizeipräsidenten und Bundeskanzler a. D. Schöber in einer vertraulichen Vorsprache dazu zu bewegen, den Dienst zu brechen und sich mit der Bundespolizei in seinen Dienst zu stellen. Das war ein starkes Stück, denn die Tafsache allein, daß jemand dem Polizeipräsidenten Schöber, diesem Muster eines pflichttreuen Beamten, so etwas zumutet, verdient an und für sich schon eine entsprechende Beurteilung. Natürlich hat Schöber entrüstet abgelehnt und wir wissen, daß derselbe Herr Starhemberg, der sich zuerst getraut hat, den Bundeskanzler Schöber ein solches Ansinnen zu stellen, dann nichts Besseres zu tun gewußt hat, als einen gehässigen persönlichen Kampf gegen den einwandfreien Bundeskanzler Schöber zu führen. Das kennzeichnet auch Starhemberg. Nun, Machtgelüste hat Starhemberg immer gehabt (Pfortner: „Das ist schon Tradition bei den Fürsten!“), dafür zeugt schon der Umstand, daß er sich eine eigene Armee gehalten hat, sich eine Ausnahmstellung in Österreich dadurch schaffen wollte, daß er eigene Baone hielt. Als das nicht genügte, hat er dann versucht, auf politischem Gebiete etwas zu erreichen, er hat kandidiert und agitiert. Der Erfolg war nicht zufriedenstellend und die Partei ist kaum geboren schon wieder gestorben. Nun hat er sich eine andere Taktik zurechtgelegt: Hinein in die Regierung und dann auf kaltem Weg die Macht ergreifen! Wenn das Vertrauen des Volkes nicht hinreicht, um Parteistellen zu erringen, und wenn die eigenen Baone nicht hinreichen, dann macht man es auf kaltem Wege. Um neben dem Sicherheitsministerium, neben Gendarmerie und Polizei auch das Heer in die Hand zu kriegen, zu diesem Zwecke sollte der alte Minister Waugin verschwinden. Auf einmal

ist der nicht recht, der muß weg, damit Fey Heeresminister werden kann, Polizei, Gendarmerie und Heer in die Hand bekommt und dadurch die Machtmittel in der Hand hat, in Österreich einen Putsch auf kaltem Wege machen zu können. So waren die Dinge im August d. J. Wie wir das gesehen haben, haben wir gesagt, da muß etwas geschehen. Am 17. September ist es dann zu der Auseinandersetzung gekommen. Winkler hat in Graz gesprochen in klarer und eindeutiger Weise und gleichzeitig hat Starhemberg in Kuffstein geantwortet. Und schon ein paar Tage darauf war das Resultat sichtbar. Eine Umbildung der Regierung wurde ausgeschrien von den Blättern Starhembergs als große Niederlage des Landbundes und als großer Sieg Starhembergs. Der Sieg war so groß, daß Starhemberg ein paar Tage hindurch Tobsuchtsanfälle gehabt hat, die Kanzlei gesperrt und alle Angestellten hinausgeschmissen hat und nach Tirol gefahren ist, um schließlich zurückkehren und andere Töne anzustimmen. Bevor er weggefahren ist, hat er auch seinen Austritt aus der „Vaterländischen Front“ vollzogen, um zu demonstrieren. Der Zweck, den der Landbund erreichen wollte, ist erreicht. Wenn er auch selbst aus der Regierung herausgegangen ist, so macht das nichts; wir werden weiter positiv arbeiten. Wir werden auch in Zukunft mit dem Bundeskanzler Dollfuß mitarbeiten, auch wenn wir nicht in der Regierung sind. (Regner: „Um jeden Preis?“) Nicht um jeden Preis. Aber wir haben zum Bundeskanzler Dollfuß Vertrauen, daß das geschehen wird, was er sagt und nicht das, was Starhemberg sagt. Wir glauben eben Dollfuß mehr als Starhemberg und deshalb haben wir auch keine Ursache, das Herausgehen aus der Regierung so sehr zu bedauern. Was wir aber damit erreicht haben, ist, daß die Heimwehr nicht nur das Heeresministerium nicht bekommen, sondern auch das Sicherheitsministerium, also die Gendarmerie und die Polizei, verloren hat. Der Herr Fey ist nur Vizekanzler ohne Portefeuille, er hat nichts zu sagen bei der Exekutive und das war der Zweck der Übung. Der Herr Bundeskanzler hat uns erklärt, daß er diese Ressorts selbst verwalten wird. Wir sind mit diesen Zusicherungen einverstanden. Nun, dieser Sieg ist allerdings geeignet, einen Tobsuchtsanfall hervorzurufen.

Dann hat Starhemberg wieder zu schimpfen angefangen. Vor allem ist alles korrupt. Vor allem hören wir immer wieder die Behauptung, daß Bundeskanzler Dollfuß sich verpflichtet hätte, den faschistischen Gedanken des Starhemberg in die Tat umzusetzen. Nun haben wir aber das vom Bundeskanzler Dollfuß bis jetzt nicht gehört. Meiner Ansicht nach ist das Verhalten des Bundeskanzlers Dollfuß, wenn man seine Äußerungen auch noch so genau anschaut, bis jetzt einwandfrei. Er beabsichtigt eine Reform, die auch wir haben wollen, weil die gesamte Wirtschaft sich heute in einem Zustand befindet, der auf die Dauer unerträglich ist, aber Dr. Dollfuß hat nicht die Absicht, den Faschismus aufzurichten, wie Starhemberg ihn sich vorstellte. Darüber sind wir uns klar, was Dr. Dollfuß und was die christlich-soziale Partei und die christlich-soziale Presse wieder-

holt erklärt hat, daß für sie die Grundsätze des päpstlichen Schreibens quadregesimo anno maßgebend sein werden. Es hat das Gräzer Tagblatt vor einiger Zeit eine Abhandlung in einem Leitartikel gebracht über die Grundsätze, die dort enthalten sind. Wir haben nichts gegen diese Grundsätze einzuwenden, wir sind damit einverstanden, es ist das etwas anderes, als Starhemberg will. Wir sind keine Kulturkämpfer, wir wollen ein entscheidendes Maß von Demokratie unter allen Umständen aufrechterhalten, jenes Maß, das notwendig und erträglich ist für die gesamte Wirtschaft. Wenn Starhemberg der Welt glauben machen will, daß nicht nur Bundeskanzler Dollfuß, sondern auch alle anderen mit ihm sind, so haben wir in letzter Zeit erfreulicherweise auch andere Kundgebungen gesehen.

Wir haben gehört, daß der Tiroler christlichsoziale Bauernbund in eindeutiger Weise Stellung genommen und den Faschismus Starhembergs abgelehnt hat. Wir haben ferner gesehen, daß der geistige Führer des christlichsozialen Bauernbundes Niederösterreichs, Herr Landeshauptmann Reither, ein echter, aufrechter Bauer, den Mut gehabt hat, in einer ganz eindeutigen und entschiedenen Weise diese Bestrebungen Starhembergs abzulehnen und dem Manne die Meinung zu sagen. Allerdings haben wir auch gehört, daß der junge Mann die Frechheit hatte zu verlangen, daß Landeshauptmann Reither von seinem Platze gehen soll. Es ist das kennzeichnend für Starhemberg und ein Kennzeichen für seine Einstellung, wenn er glaubt, daß der Führer der katholischen Bauern nicht mehr offene Worte reden darf, ohne Gefahr zu laufen, von ihm entfernt zu werden. Wir haben gehört, daß Kunschak namens der katholischen Arbeiterschaft das ablehnt, weiters, daß Ramek in Salzburg in ganz entschiedener Weise das ablehnt, was Starhemberg haben will, und dann geht Starhemberg her und tut so, als ob alles, was in der „Vaterländischen Front“ ist, seiner Ansicht sei und für den Faschismus wäre. In Wirklichkeit ist aber gerade das Gegenteil der Fall, es ist eine verschwindende Minderheit für den Faschismus, den er haben möchte, eine ganz verschwindende Minderheit für die vollständige Beseitigung der demokratischen Einrichtungen und für die Totalität in seinem Sinne. Er darf sich daher nicht einbilden, daß es ihm dauernd gelingen wird, die Öffentlichkeit zu täuschen. Wenn es auch vielleicht möglich ist, mit geborgtem Juden- und ausländischem Geld Potemkinsche Dörfer hervorzuzaubern, daß man Leute bezahlt, ihnen Freikarten verschafft, um Kundgebungen zu veranstalten, die nicht nur von Heimatschützern und Trägern seiner Idee, sondern auch von Leuten mitgemacht wurden, die einen billigen Ausflug machen wollten. Mit solchen Praktiken kommt man eine gewisse Zeit hinweg, wird man aber auf die Dauer keine Erfolge erzielen.

Ich möchte aber zum Schlusse folgendes sagen: Wir freuen uns als Landbändler, daß der Führer der katholischen Bauern, Landeshauptmann Reither, in einer so einwandfreien Weise Stellung genommen hat, und ich reiche dem Herrn Landeshauptmann

Reither, dem Bauern Reither, von hier aus im Geiste die Hand und sage, wir Bauern lassen uns es nicht gefallen, daß die Herrerei wieder den Abjaß auf unseren Nacken setzen. Sie mögen sich das merken. Da halten wir alle zusammen, ob wir grün sind oder schwarz, wir dulden nicht, daß eine Clique das wirtschaftliche Elend dazu benützt, um wieder ihre Machtbestrebungen in Erfüllung zu bringen. Wir dulden es nicht, und wir raten, von diesem Versuch ehestens abzulassen, sonst werden wir zeigen, daß wir auch einmal andere Töne anschlagen können. Es soll eine Warnung sein, wenn einmal Reither dort und heute ich hier den Leuten sage, wie wir denken. Ich möchte nur an die steirischen christlichsozialen Bauern, die auch im Landtage vertreten sind, die Mahnung und die Aufforderung richten: Vergesst nicht darauf, daß Reither ein Mensch ist, der sehr viel für die österreichische Bauernschaft geleistet hat, und daß es eine Anmaßung ist, nur den Gedanken zu hegen, daß dieser Mann deshalb weg soll, weil er einem Schreihals, der nichts geleistet hat, als lediglich geheßt, nicht in den Kram paßt. Laßt euch das nicht gefallen, haltet zu Reither, und weist den anderen entschieden zurück.

So sieht Starhemberg aus, der sich zum Führer einer Erneuerungsbewegung in Österreich berufen fühlt. Es ist wohl nicht notwendig, zu seiner Charakteristik noch weiteres zu sagen. Man kann nur sagen, solche Führer würden uns weder zum Wohlstand des Volkes oder der Wirtschaft, noch zu nationaler Eintracht oder zu einer richtig verstandenen Freiheit führen; solche Führer würden uns in Knechtschaft, in ein wirtschaftliches Elend führen. Zu etwas anderem sind sie nicht fähig. (Beifall beim Landbund.)

Gaf: Sehr geehrte Herren und Frauen! Ich bin mit dem Großgrundbesitz weder verwandt noch verschwägert, hätte daher keinen Anlaß, das Wort zu ergreifen, nur habe ich durch meine dreißigjährige tierärztliche Tätigkeit soviel Einblick gewonnen in die Betriebsverhältnisse des Großgrundbesitzes, des mittleren und kleinen, daß ich zur Steuer der Wahrheit einige Worte an Sie richten muß. Es ist behauptet worden, daß die Großgrundbesitzer ihre Steuern aus politischen Gründen absichtlich nicht bezahlen, aber wir haben nichts davon gehört, inwiefern sie zahlen können oder nicht. Eine einfache Betrachtung kann darüber Aufschluß geben. Der Großgrundbesitz ist genau so wie der mittlere oder kleine heute übermäßig nicht nur durch Steuern, sondern auch durch soziale Lasten überbürdet. Ein steirischer Großgrundbesitzer hat mich vor kurzem ersucht, Einblick in seine Buchhaltung zu nehmen. Am besten wird man sich das Ergebnis dieses Einblickes dadurch veranschaulichen, indem man zwei Pfeile vergleicht, wovon der eine in der Richtung nach oben, der andere nach unten führt. Der Pfeil in der Richtung nach oben zeigt das Ansteigen der Steuern und sozialen Lasten an, der andere das Abfallen der Preise, wie es sich seit zehn Jahren vor unseren Augen abspielt. Dazu kommt sowohl beim kleinen und mittleren, wie auch beim Großgrundbesitz noch der Mangel des Betriebskapitals. Es war vor dem Kriege schon nicht überall genügend vorhanden,

wurde aber durch den Geldsturz vollständig aufgezehrt. Das ist kein Geheimnis und braucht nicht näher bewiesen zu werden. Nun kann weder der kleine noch der große Besitzer den Betrieb führen, ohne daß er entsprechende Mittel zur Verfügung hat. Wer kein Geld hat, muß sich Geld ausborgen, muß Schulden machen. Das hat es auch vor dem Kriege gegeben, nur hat man vor dem Kriege 4½ bis 5 Prozent Zinsen bezahlt, während man heute für Leihgeld 12 bis 15 Prozent zahlen muß, und es ist derzeit fraglich, ob ein Besitzer überhaupt einen Groschen zu leihen bekommt. Noch dazu sind die Verhältnisse schon soweit gediehen, daß heute eine große Anzahl von Exekutionsfällen deshalb nicht durchführbar ist, weil niemand bieten kann, nicht weil die Käufer streiken. Es ist heute wahrlich nichts schwerer zu verkaufen als ein größerer Besitz, schon die kleinen Besitzungen finden schwer einen Käufer. Wer wollte, selbst wenn er einiges Geld hat, einen Besitz kaufen, wenn er das Betriebskapital bei den sinkenden Preisen nicht aufbringt? Wir wissen, daß sogar Fideikommißbesitzer, ehemals eine sehr beneidenswerte Schicht der österreichischen Bevölkerung, selber mit Händen und Füßen darnach trachten, aus dieser Fessel herauszukommen, um noch irgend etwas vom Besitz zu retten. Wir haben die Verhandlungen über die Auflösung des Fideikommiß-Großgrundbesitzes in den Vertretungskörpern noch in Erinnerung. Die Fideikommißbesitzer verlangten selbst, daß ihre Vorrechte aufgehoben werden sollen. Wir haben ja in unserem eigenen Lande gesehen, wie einige Großgrundbesitzer einfach in den Ausgleich gegangen sind, und ihre Gläubiger waren froh, daß ein solches Abkommen getroffen werden konnte, weil dies noch immer besser ist, als allenfalls das ganze Leihgeld zu verlieren. Sagen wir es nur ruhig heraus: Wenn Großgrundbesitzer Steuern schuldig bleiben, dann tun sie es nicht aus politischen Gründen, sondern weil ihnen das Geld fehlt, wie so vielen anderen Steuerträgern.

Ich kann mir schon vorstellen, daß unter Umständen in den Dörfern bei den kleinen und größeren Besitzern im Fall einer Zwangsversteigerung sich keine Käufer einfänden, auch ohne Verabredung; denn wozu soll jemand in Sinabelkirchen oder sonstwo, zum Beispiel Rinder kaufen, wenn die große Zahl der übrigen bäuerlichen Besitzer ohnehin die Stallungen voll Vieh haben und es schwer verkaufen können? Wo soll jemand noch von einer Ware zukaufen, von der er selbst genug übrig hat, die ihm selbst im Wege steht? Man muß nicht immer gleich den bösen Willen voraussetzen und man muß die Verhältnisse betrachten, wie sie sind. Die Verhältnisse sind oft stärker als wir und als unsere Maßnahmen. Man soll sich nichts vormachen, sondern lieber wahrheitsliebend und gerecht bleiben, sonst beurteilt man die Sachen ganz falsch. Es wird also weder von einem Steuerstreik, noch von einem Käuferstreik zu sprechen sein, sondern von zwingenden Gründen, von Zwangslagen. Die Beobachtung lehrt, daß bei den heutigen Verhältnissen derjenige Grundbesitzer sich noch am ehestens forthilft, der mit seinen eigenen Kindern arbeiten kann. Das trifft aber nur beim kleinen Besitzer zu. Wenn der

Großgrundbesitzer sich dergestalt helfen wollte, müßte er 40 oder gar 50 eigene Kinder haben, und weil dies nicht möglich ist, muß er fremde Leute aufnehmen, und da tritt eben das ein, was ich Ihnen geschildert habe, das ungeheure Ansteigen der sozialen Lasten.

Aber nicht nur auf dem Lande ist es so, sondern auch in den Städten. Schlossermeister, Spenglermeister usw. können sich nur dann über Wasser halten, wenn sie nicht 12 oder 15 Gehilfen beschäftigen, sondern sich mit 2 oder 3 Gehilfen fortzukretzen trachten, mag ihr Betrieb früher auch viel größer gewesen sein. Glauben Sie, daß diese Handwerker Angst haben vor den größeren Einnahmen? Sie droffeln ihre Betriebe nur deswegen, weil die größere Zahl der Mitarbeiter und Gehilfen ein großes Anwachsen von Steuern, Versicherungs- und Landesabgaben mit sich bringt. Es ist aber das allgemeine Streben vorhanden, sich zu verringern. Man nennt das „Abbau“. Das kann ein Spengler, ein Schlosser- oder ein Schmiedemeister machen, aber ein Großgrundbesitzer kann sich nicht verringern, er muß seinen Besitz weiterführen. (Zwischenruf: „Wo steht das geschrieben?“) Ein ähnliches Beispiel wird Ihnen das besagen. Die großen Hotels und Kaffeehäuser, ehemals eine sichere Einnahmequelle, sind heute fast nicht begehrt und unverkäuflich. Hingegen ein Exprescaffé oder ein sogenanntes „Tschecherl“ hat einen Wert und wird begehrt, weil Mann und Frau nur mit einem Dienstmädchen den Kaffeeschank führen und mit den geringen Betriebsausgaben leichter auskommen können. Einen großen Hotelbetrieb kann man aber nicht in einen Kleinbetrieb verwandeln, ebenso wenig einen Großgrundbesitz in einen Kleinbesitz.

Gewiß, wir vertreten den Grundsatz, daß die Steuer gezahlt werden muß. Uns schwebt da schon das Beispiel Englands vor Augen, wo sich der Steuerzahler sagt: Ich muß aus Selbsterhaltungstrieb die Steuern zahlen, denn nur durch Steuereingänge kann der Staat erhalten werden, und wir alle leben vom und durch den Staat, und es wird uns allen viel besser gehen, wenn wir alle die Steuerpflicht erfüllen, wie die Gesetze es vorschreiben.

Darum hat der Herr Finanzreferent sehr richtig betont, es sollte der Abgeordnete, welchen Ranges er auch sei, nicht wegen Steuerabschreibungen intervenieren, daß heißt nicht Schnallendrücken für den oder jenen. Ich möchte aber feststellen, daß es manchmal dennoch unbedingt notwendig ist, zu intervenieren. Ich werde Ihnen am besten zur Erläuterung einen Fall vorbringen. In Graz besteht eine große Werkstätte, halb Fabrik, halb Werkstätte, die mit etwa 40 Arbeitern arbeitet seit dem Jahre 1880. Das Geschäft hat Spezialartikel, die man heute vom Ausland infolge der Devisenvorschriften schwer hereinbringt. Dieser Betrieb hätte daher alle Aussicht, zu gedeihen. Nun tritt ein Verhängnis ein. Der Vater, der seit dem Jahre 1880 das Geschäft geleitet hat, stirbt. Es sind Steuer rückstände vorhanden und jetzt kommen noch die Übertragungsgebühren dazu. Die Schätzung ist ziemlich hoch, etliche hunderttausend Schilling. Jetzt werden außer den 20.000 bis 30.000 S Übertragungsgebühren noch die Begräbnis-, Ärzte- und Advokatenkosten fällig, und der an und für sich gewinnbringende Be-

trieb geht plötzlich in Konkurs. Ich leugne nicht, daß ich in diesem Falle interveniert habe. Ich habe den Herrn Landeshauptmann Rinkelen gebeten, sich einzusetzen; er hat das getan, und jeder von Ihnen muß dem Herrn Landeshauptmann Beifall zollen, daß er einen solchen Betrieb gerettet hat. Wir haben weiter nichts verlangt, als daß Bund und Land auf die Steuern und Abgaben verzichten. Und worauf hat der Bund verzichtet? Er hat auf etwas verzichtet, was er unmöglich mehr bekommen konnte. Indem der Bund und das Land verzichtet haben, ist aber etwas anderes entstanden. Der Betrieb kann wieder aufleben und wieder zahlen. Diese 35 oder 40 Arbeiter, es sind das Leute mit grauen Haaren, die nirgends mehr ein Brot gefunden hätten, erhalten ihren Lohn weiter und fallen nicht der öffentlichen Unterstützung anheim, zahlen selbst wieder Steuern und sind wieder Konsumenten geworden und fördern das allgemeine Zusammenleben. Ich meine, daß gewisse Interventionen notwendig sind und daß unsere Beamten dafür dankbar sein müssen, denn der Beamte kann über seine Vorschriften nicht hinweg und kann die Vorschriften erst dann im geschilderten Sinne auslegen, wenn ein anderer dafür seinen Buckel herhält.

Meine Damen und Herren! In Bad Gastein können Sie sofort eine Anzahl von großen Hotels kaufen. Man möchte es gar nicht glauben, wie viele Betriebe dort und anderswo eigentlich konkursreif wären. Seit drei, vier Jahren sind derlei Betriebe durch allgemeine Abgabenüberlastung soweit hineingeraten. Es kann aus den geschilderten Ursachen kein einziger verkauft werden und sogar die Schweiz hat in solchen Fällen Steuer-, Zins-, ja sogar Kapitalabstriche vornehmen müssen, um wenigstens die Betriebe zu halten. Auch heute in der Republik können wir ruhig sagen: Wo kein Geld ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Und wo nichts mehr vorhanden ist, verliert halt die Republik ihr Recht. Ich sage es offen, solange Abgeordnete sein werden, solange werden sie in solchen zwingenden Fällen ihren Einfluß geltend zu machen haben, nicht dem Huber oder dem Maier oder dem Bauern oder dem Handwerker oder Großgrundbesitzer zuliebe, sondern um der Allgemeinheit zu dienen.

Um das Kind beim richtigen Namen zu nennen, wir haben seit 15 Jahren den Steuerträgern allzuviel zugemutet. Jeden Motor kann man gelegentlich auch stundenlang auf seine Höchstleistung beanspruchen, aber wenn man diesen Motor ständig mit übertriebener Leistung ausnützt, dann wird er rasch hin und verbraucht sich vor der Zeit. Unsere volkswirtschaftlichen Motoren sind überspannt ausgenützt, sie krachen in allen Fugen. Das hauptsächlichste Heilmittel wäre, mit den Steuern herunterzugehen. Glauben Sie ja nicht, meine Damen und Herren, daß ich dafür bin, keine Steuern einzutreiben. Ich bin selbst Beamter und weiß, daß wir nur aus Steuergeldern bezahlt werden. Ich bin sogar dafür, aus dem Steuerkarnikel noch mehr herauszupressen als bisher. Das können wir nur durch eine Verringerung der Steuern erzielen. Wir könnten sehr gut bei den Übertragungsgebühren den Versuch wagen. Wir glaubten zum Beispiel ehemals, mit

11 Prozent Übertragungsgebühren mehr Steuern abschöpfen zu können, als mit den ursprünglichen $1\frac{1}{2}$ Prozent. Was haben wir erreicht? Viel weniger bringen wir dadurch herein. Wir haben den Realitätenverkehr, ehemals ein sicheres, gutes Geschäft, lahmgelegt. Die Realitätenverkehrsbureaus, einst viel beneidet wie Apotheken oder sonstige konzessionierte Geschäfte, fallen jetzt bald schon der öffentlichen Miltätigkeit anheim. Man sollte versuchen, anstatt 11 Prozent Übertragungsgebühren 5 Prozent oder, wie vor dem Kriege, nur $1\frac{1}{2}$ Prozent vom Kaufbetrag einzuheben, dann würde der Realitätenmarkt wieder aufleben und mit ihm die Verkehrsbureaus und tausende damit zusammenhängende Verdienstmöglichkeiten. Zehntausend Kaufabschlüsse mit einer $1\frac{1}{2}$ prozentigen Übertragungsgebühr müßten dem Lande mehr eintragen, als gelegentliche Zwangsverkäufe zu 11 Prozent. Auch für den heute unverkäuflichen Großgrundbesitz würden sich eher Käufer finden, wenn nicht von vornherein 10 Prozent vom Kaufschilling zu zahlen wären, was allein schon ein wahnsinniges Geld ausmacht, und damit steht dann noch der Notariats-tarif im engsten Zusammenhange. Wenn man alle diese Fragen vom Standpunkte der Billigkeit und Gerechtigkeit betrachtet, so muß man sagen: Seufzen und keuchen tun wir alle, ob wir nun Großgrundbesitzer oder Beamte sind, und wir würden aufatmen, wenn wir, anstatt große politische Debatten abzuführen, uns zusammensetzten und berieten, was für die Wirtschaft tragbar ist und was nicht, und was man verlangen und was geleistet werden kann. Alles andere hat keinen Sinn, denn es gilt da noch immer das alte Sprichwort: „Ultra posse nemo tenetur!“

Ing. Wihany: Hoher Landtag! In einer dringlichen Anfrage haben wir im heutigen Landtag Beschwerden vorgebracht. Der Herr Landesfinanzreferent hat diese Beschwerden zum großen Teil für berechtigt befunden. Zwei Herren aus dem Landtage haben versucht, diese Beschwerden abzuschwächen. Ich habe mich nur deshalb zum Worte gemeldet, um festzustellen, ob dieser Versuch gelungen ist. Zuerst hat der Herr Abg. Baron **Gudenus** ... (**Gudenus:** „Gibt es nicht! Ist ja abgeschafft!“) — in Ihren Kreisen nennen Sie sich so — erklärt, er kenne in Steiermark keine Legitimisten und er kenne keine Großgrundbesitzer, die absichtlich mit den Steuern im Rückstande seien. Und doch ist dieser Herr Baron **Gudenus** vom steirischen Großgrundbesitz in den steirischen Landtag gesendet worden, obwohl er unter ihnen ein vollkommen unbekannter Mann ist. Seine weiteren Ausführungen haben in keiner Weise vermocht, die heutige Anfrage irgendwie zu erschüttern, auch die Feststellung nicht, daß in dem Falle, wenn der Großgrundbesitz zusammenbricht, eine ganze Reihe von Existenzen mitbetroffen seien, weil das gleiche auch beim Zusammenbruche der Bauern gilt. Wir haben nichts anderes kritisiert, als die ungleiche Behandlung der arbeitenden Kleinbauern und des Großgrundbesitzes. Auch die Entlastungsrede des Herrn Abg. **Gafz** hat in keiner Weise unsere Anschauung erschüttert (**Gafz:** „Ich habe ja nicht die Absicht gehabt, sie zu erschüttern!“), weil er gar nichts gebracht hat, was unsere Anschauung hätte erschüttern

können. Er hat von den Lasten gesprochen, die der Großgrundbesitz zu tragen hat. Die gleichen Lasten hat aber auch der Bauer zu tragen, und der wird wegen 20 oder 100 Schilling gepfändet und von seinem Hofe vertrieben. Auch die niederen Preise wirken sich beim kleinen Bauern viel mehr aus.

Der Mangel an Betriebskapital, den Herr Abg. **Gafz** angeführt hat als Erscheinung, warum der Großgrundbesitz die Steuern nicht zahlen kann, trifft für den Bauernstand mindestens in gleichem Ausmaße zu. Der Großgrundbesitz ist leichter in der Lage sich einen Kredit zu verschaffen, als der kleine Besitzer. Diese Ausführungen sind keine Entlastung für das, was wir in dieser Anfrage behauptet haben. Wenn Herr Abg. **Gafz** gesagt hat, der Bauernstand habe die Möglichkeit, seinen Betrieb einzuschränken, indem er seine eigene Arbeitskraft und die seiner Frau und Kinder einstellen kann, und wenn er gleichzeitig leugnet, daß der Großgrundbesitzer diese Einstellungsmöglichkeit nicht hat, so ist das nicht richtig. Der Großgrundbesitzer hat viel leichter die Möglichkeit, einen Teil seines Besitzes abzustoßen. Er kann sich einschränken. Wenn mancher Bauer mit seiner Familie heute den Hosentriemen enger ziehen muß, so glauben wir, daß auch bei manchem Großgrundbesitzer das Anziehen des Hosentriemens möglich wäre. Aber der Wille ist nicht vorhanden. Unsere Anfrage hat keine Spitze gegen den Großgrundbesitz. Der Herr Landesfinanzreferent hat erklärt, daß es eine Reihe von Großgrundbesitzern gibt, die ihrer Steuerschuldigkeit ordnungsmäßig nachkommen. Wir wenden uns im wesentlichen nur gegen solche Großgrundbesitzer, die zahlen könnten, aber nicht wollen. Wir wenden uns gegen jene, die sagen, sie können nicht zahlen, die aber andererseits dem Heimatschutz größere Geldbeträge zur Verfügung zu stellen in der Lage sind. Wir wenden uns auch gegen jene, die nicht den Willen zeigen, einen Teil ihrer Steuerschuld abzudecken. In der Liste sind auch solche vorhanden, die noch nichts gezahlt haben. Gegen diese hat sich unsere Anfrage gerichtet. Die Antwort, die der Herr Landesfinanzreferent gegeben hat, hat klar ergeben, daß unsere dringliche Anfrage vollinhaltlich berechtigt war.

Jenz: Hoher Landtag! Die Mahnung, die der Herr Präsident **Hartleb**, zu uns gewendet, gerichtet hat, den Herrn Landeshauptmann **Reither** von Niederösterreich in seinem politischen Ziel in besonderer Weise zu unterstützen, beantworte ich damit, daß es uns freut, wahrzunehmen, daß Herr Präsident **Hartleb** gegenüber dem Herrn Landeshauptmann **Reither** eine große Hochachtung hegt, vom Gefühl der Freundschaft gegen ihn beseelt ist und seine Politik billigt. Wir können sagen, daß wir Landeshauptmann **Reither** ebenso hochschätzen, daß unsere Freundschaft mit ihm vielleicht älteren Datums sein dürfte, als die des Herrn Präsidenten **Hartleb**, weil wir ja seit längerer Zeit infolge der Parteizugehörigkeit mit ihm zusammenarbeiten, daß wir in vielen gemeinsamen Beratungen in den vergangenen Jahren mit ihm beisammen waren, und daß es für unsere steirischen Bauern selbstverständlich ist, das innigste Verhältnis jederzeit mit ihm aufrechtzuerhalten, und daß

wir seine Politik ebenso billigen, die er in der letzten Zeit vor aller Öffentlichkeit kundgetan hat und die von uns die vollste Unterstützung findet, weil ja auch die steirischen katholischen Bauern von derselben demokratischen Gesinnung beseelt sind, als wie die Bauern von Niederösterreich. (Hartleb: „Freut mich sehr!“) Zu diesem besonderen Ausdruck der Freude liegt keine Veranlassung vor, weil dies bei uns eine Selbstverständlichkeit ist, und wir glauben, keine Veranlassung gegeben zu haben, daß unsere Freundschaft, wie die Unterstützung der politischen Richtung des Herrn Landeshauptmannes Reither, in irgend welcher Weise in Zweifel gezogen werden könnte. Dies zu dieser einen Sache!

Was nun den ersten Punkt, der die Einleitung zur heutigen Landtagsitzung gebildet hat, anlangt, die Frage der Steuerverweigerung und Steueragitationen, so habe ich hiezu folgendes zu sagen: Als vor einer Reihe von Jahren die Agitation gegen das Steuerzahlen im Lande eingesezt hat, hat die christlichsoziale Partei dieses Vorgehen niemals gebilligt, sondern stets mißbilligt, und ich glaube kaum, daß ein einziger christlichsozialer Abgeordneter jemals in einer Versammlung einen anderen Standpunkt vertreten hat. Wir sind der Überzeugung, und haben jederzeit diesen Standpunkt vertreten, die Steuermoral muß in einem Lande aufrechterhalten bleiben. Wo immer an der Steuermoral gerüttelt wird und diese zugrunde gerichtet wird, wird damit die Verwaltung des betreffenden Landes gefährdet, und den Schaden hiervon haben nicht nur jene, die sich durch eine derartige gewissenlose Heze haben verheßen lassen, sondern auch jene, welche auf den Zusammenbruch der Verwaltung in gewissenloser Heze spekuliert haben. Der Zusammenbruch der Verwaltung eines Staates oder Landes ist allemal ein großes Unglück. Nun sehen wir ja, welche betrüblichen Erscheinungen und Folgen infolge des mangelhaften Einsießens der Steuern eingetreten sind in unserem Lande. Das Land ist trotz des besten Willens nicht mehr in der Lage, den Beamten und Lehrern ihre Pflichtgehälter ordnungsmäßig auszubehalten. Den Schaden davon spüren alle produzierenden Stände, die Gewerbetreibenden sowohl, als auch die Bauern, und es finden die diesbezüglichen Klagen und Beschwerden der Beamten und Lehrer die lebhafteste und nachdrücklichste Unterstützung auch seitens der Bauern, weil sie sich als Leidtragende fühlen. Welcher verantwortungs-

volle Mensch könnte ruhig zusehen und untätig bleiben, wenn das Land seinen Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrtseinrichtungen des Landes, gegenüber den Bildungsanstalten, der Landwirtschaft und Gewerbeförderung nicht mehr erfüllen kann, weil die Mittel zufolge des mangelhaften Einsießens der Steuergelder nicht mehr zur Verfügung stehen? Landwirtschafts-, Gewerbe- und Fremdenverkehrsförderung wird unmöglich gemacht im Lande, wenn die Mittel wegen der Vorenthaltung der Steuern nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir müssen die Tatsache erleben, daß man auf der einen Seite unentwegt und ohne Unterlaß mit Forderungen an das Land und die verantwortlichen Führer des Landes herantritt, alle die übernommenen Verpflichtungen des Landes gewissenhaft zu erfüllen. Weil das Volk diese Forderungen an die Verantwortlichen des Landes stellt, darum sind diese auch verpflichtet, für ein klagloses Einsießens der Steuergelder Sorge zu tragen, ohne Rücksicht auf das Ansehen der Person. Wer leistungsfähig ist, hat seine Pflicht gegenüber dem Lande und dem Staate zu erfüllen, wo Rücksicht am Platze ist, um eine Existenz vor dem Untergang zu bewahren, wird diese, wie die Erfahrung zeigt, im weitestgehenden Maße wohlwollend erfüllt. Es ist Aufgabe der Landesverwaltung, die gesunkene Steuermoral wieder zu heben, für ein klagloses Einsießens der Steuergelder seitens aller jener, welche hiezu in der Lage sind, Sorge zu tragen, um die Aufgaben des Landes erfüllen zu können gegenüber den Forderungen der Bevölkerung. Wo die Steuerquelle versiegt, im Zurückgehen begriffen ist, da ist auch der Kreislauf der Wirtschaft eines Landes in Gefahr gebracht, abgesehen von allen kulturellen Werten, die damit gefährdet sind, weil die Aufrechterhaltung derartiger Anstalten und Einrichtungen hiemit bedroht ist.

Dies ist unser Standpunkt, den wir jederzeit in der Landesregierung und im Landtage eingenommen haben und den wir selbstverständlich auch angesichts der heutigen Debatte hier vor aller Öffentlichkeit vertreten. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft, dieser Gegenstand und zugleich die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung des hohen Hauses wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 14 Uhr 5 Minuten.)